

# Gemeinderat in der Kritik

**Nunningen.** kre. Am Schlusshock der FdP Nunningen stand am Freitagabend der Gemeinderat heftig in der Kritik. Verschiedene Versammlungsteilnehmer monierten, dass der Gemeinderat eine lausige Informationspolitik betreibt. Diese Politik kritisierte auch Schulkommissionspräsident Dominik Hänggi. Er dachte dabei in erster Linie an die Angelegenheit mit dem Schulhausabwart, der durch Gewalttätigkeiten gegenüber Schülern aufgefallen sein soll (die BaZ berichtete). Hänggi hielt gegenüber der BaZ fest, dass die ganze Schulkommission die Informationspolitik im besagten Fall verurteile. Die in die Sache involvierten Personen seien informiert worden, nicht aber die breite Bevölkerung, kritisierte er.

## Laufendes Verfahren

Ein Grossteil der Bevölkerung erfuhr erst aus den Medien von der Angelegenheit. Dominik Hänggi forderte die beiden anwesenden freisinnigen Gemeinderäte deshalb auf, diese Kritik der gesamten Exekutive mitzuteilen, in der Hoffnung, dass künftig eine Besse-

rung in dieser Hinsicht eintritt. Versammlungsteilnehmer Bruno Walther forderte die Verantwortlichen am Freitag zudem auf, über den aktuellen Stand in der besagten Angelegenheit zu informieren. Die beiden anwesenden freisinnigen Gemeinderäte konnten aufgrund des laufenden Verfahrens allerdings keine näheren Angaben zum Sachverhalt machen. René Häner bemerkte, dass einem in gewissen Fällen gesetzlich die Hände gebunden seien. Was die Kritik an der Informationspolitik des Gemeinderates betraf, zeigte er sich doch ein wenig überrascht über die deutlichen Voten.

Walther kritisierte weiter, dass auf die Vorfälle an der Schule nicht reagiert würde. «Die Kinder haben Angst, in die Schule zu gehen. Jetzt muss etwas passieren», stellte er klar, zumal sich die Kinder gegen die Gewalttätigkeiten nicht wehren können. Über neue Verfehlungen, die sich ereignet haben sollen, hatte Dominik Hänggi derweil keine Kenntnis. Gemeindevizepräsident Rainer Fringeli, zuständig für das Ressort «Personal», konnte sich zum aktu-

ellen Stand im laufenden Verfahren ebenfalls nicht näher äussern.

## Personenschutz

Den Vorwurf einer schlechten Informationspolitik im besagten Fall wies er gestern gegenüber der BaZ allerdings zurück. Der Gemeinderat habe aus Gründen des Personen- und Datenschutzes auf eine Orientierung der Bevölkerung verzichtet, weil man auch eine Vorverurteilung vermeiden wollte. Fringeli hielt fest, dass die Dinge, die veröffentlicht werden können, in Nunningen vom Gemeinderat auch publik gemacht werden. Allerdings wies er darauf hin, dass gewisse Normen die Veröffentlichung einiger Informationen nicht zulassen. Dies war in der besagten Angelegenheit der Fall. Dass der Abwart weiterhin seiner Arbeit nachgehen kann, liegt daran, dass bei den Abklärungen kein Grund für eine fristlose Entlassung gefunden werden konnte. Die Bevölkerung soll gemäss Fringeli nur dann über das Urteil informiert werden, wenn die Verfehlungen eine Entlassung nach sich ziehen würden.